

den Gemeinderäten war Stimmung für die Vereinigung der Lößnitz. Die Radebeuler Industrie war zwar nicht grundsätzlich dagegen, wenn zwingende Gründe wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Art den Zusammenschluß wünschenswert machen sollten, war aber der Meinung, daß der Einwohnerschaft am meisten gedient sei, wenn Radebeul selbständig bliebe. Am 10. November 1921 erschien der bis ins Kleinste ausgearbeitete Plan der Vereinigung der Gesamtlößnitz im Druck. Vorgesehen waren darin ein Bürgermeister mit der Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst sowie ein Stadtrat bestehend aus 3 berufsmäßigen und 6 ehrenamtlichen Stadträten. Der Sitz der Hauptverwaltung sollte das Rathaus Niederlößnitz sein und die Stadtverordnetenversammlungen im Rathaus zu Radebeul abgehalten werden. Verwaltungsnebenstellen waren für Radebeul, Rößschenbroda, Oberlößnitz und Raundorf vorgesehen. Die Standesämter blieben als I und II in Radebeul und Rößschenbroda bestehen. Die Freiwilligen Feuerwehren sollten für ihre bisherigen Bezirke beibehalten werden. Als Name der neuen Stadt war „Elblößnitz“ vorgesehen. Die ganze Vereinigung wurde in allen in Frage kommenden Orten ebenso stark bekämpft wie befürwortet. Lebhaft dafür traten die Sozialdemokraten ein, während die bürgerlichen Parteien sie ebenso stark ablehnten. Die ganze Vereinigungsfrage wurde zur Parole bei den Gemeindeverordnetenwahlen von 1921, die schließlich eine Stärkung der bürgerlichen Parteien brachten. Im Dezember beschloß das alte Stadtverordnetenkollegium von Radebeul mit 18 gegen 9 Stimmen die Vereinigung, die Gemeindeverordneten von Oberlößnitz lehnten sie mit 11 gegen 3 Stimmen mit der Begründung, daß sie die beigebrachten Unterlagen für ungenügend und den Zeitpunkt für ungeeignet erachteten, ab.

In Niederlößnitz und Rößschenbroda überließen die alten Gemeindeverordneten den endgültigen Entscheid über die Zusammenlegung den neugewählten Kollegien, ein Ergebnis, das in der erstgenannten Gemeinde nur dadurch erreicht wurde, daß die bürgerlichen Vertreter das Kollegium durch Verlassen des Saales beschlußunfähig machten. In der ersten Sitzung des neuen Gemeindeverordnetenkollegiums am 28. Januar 1922 lehnte Rößschenbroda die Vereinigung mit 12 gegen 10 Stimmen ab. Damit war damals die Frage der Vereinigung sämtlicher Lößnitzorte, die die Gemüter aller Einwohner auf das heftigste erregt hatte, anscheinend endgültig erledigt. Ein Jahr lang schienen auch alle anderen Vereinigungspläne beigelegt zu sein. Am 2. April 1923 starb der Gemeindevorstand Emil Schüller, der letzte Führer des alten Ortes. Die Zerrüttung der deutschen Währung ging mit Riesenschritten weiter, die Inflation brachte die einzelnen Gemeinden, besonders Niederlößnitz, in die schwierigste Lage. Die bisher wohlhabendste Gemeinde der Lößnitz, deren Steuerverhältnisse mit die günstigsten in Sachsen waren, Niederlößnitz, sah sich durch die Inflation in Verhältnisse gedrängt, daß Bürgermeister Hans in der Gemeindeverordnetenversammlung vom 31. Mai 1923 der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß sich Niederlößnitz auf die Dauer allein nicht halten können. Diese Verhältnisse und die notwendige Neuwahl eines Gemeindevorstandes für Rößschenbroda legten eine Vereinigung der 4 Westgemeinden der Lößnitz erneut nahe. In einer Sitzung von je 4 Vertretern der beteiligten Orte Rößschenbroda, Niederlößnitz, Raundorf und Zitzschewig, die der Gemeindeälteste und provisorische Leiter der Verwaltungsgeschäfte Rößschenbroda, Medizinalrat Schnabel, leitete, wurden zunächst noch unverbindliche Vorschläge für die Ausgestaltung des neuen Gesamtortes gemacht, die später zum größten Teil auch durchgeführt wurden. Auch da tauchte der Name „Elblößnitz“ wieder auf, wogegen man von anderer Seite protestierte und für die Beibehaltung des Namens Rößschenbroda aus historischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen eintrat. Auch dieses Vereinigungsprojekt fand in der Öffentlichkeit sehr geteilte Aufnahme. Die Gegnerschaft war namentlich in Niederlößnitz und in Zitzschewia eine sehr starke.